nach und nach kommen wir dahin, daß die ältesten Wahrheiten von uns immer wieder wiederholt werden, das ist eine Nachwirkung des Sozialistengesetzes. Unser junger Nachwuchs hat nicht Gelegenheit gehabt, das Alles mitzumachen, was wir mit gemacht haben. Ich halte die Resolution Legien nicht für nothwendig. Wir wollen die Organisationsfrage hier nicht hineintragen und nicht eine Wunde, die verharschen will, aufs neue aufreißen. Der erste Theil der Legien'schen Resolution ist bereits Grundsatz bei uns, vor dem zweiten Theil möchte ich Sie dringend warnen. Im übrigen bitte ich Sie, unsere Resolution anzunehmen. (Beifall.)

Labjuhn konstatirt zur Geschäftsordnung, daß er durch Schluß der Diskussion verhindert worden sei, Ungenauigkeiten, welche dem Genossen Auer über den letzten Buchdruckerstreik unterlaufen seien, richtig zu stellen.

Persönlich bemerkt Legien, daß er bis zur Stunde gegen Keßler noch keine Zeile geschrieben, nicht einmal seinen Namen genannt habe.

Mittag-Halle wünscht, da ihm durch den Schluß der Debatte das Wort abgeschnitten ist, daß im Protokoll die Namen derjenigen Redner vermerkt werden, welche sich noch zum Worte gemeldet haben. Der Antrag wird abgelehnt, nachdem der Vorsitzende konstatirt hatte, daß von den 43 eingezeichneten Rednern nur 10 das Wort erhalten haben.

In der Abstimmung wird die Resolution Auer unter Ablehnung sämmtlicher entgegenstehender Anträge, auch des Antrages Legien und der Resolution Wilke, in ihren einzelnen Theilen und schließlich im Ganzen mit sehr großer Mehrheit angenommen.

Schluß 11½ Uhr.

Fünfter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 19. November.

9¼ Uhr. Den Vorsitz führt Gottlieb.

Es liegt wiederum eine Reihe von Begrüßungsschreiben und -Telegrammen vor.

Zur Geschäftsordnung bemerkt

Bebel: In Anbetracht der weit fortgeschrittenen Zeit und der vielen noch nicht erledigten Anträge beantrage ich die beiden nun folgenden Punkte der Tagesordnung: „Die wirthschaftliche Krise und ihre Folge" und „Antisemitismus und Sozialdemokratie" von der Tagesordnung abzusetzen. (Zustimmung.) Aus den gedruckten Resolutionen können Sie und die Oeffentlichkeit die Stellung der Referenten in diesen Fragen kennen lernen.

B

Der Parteitag nimmt den Vorschlag Bebel's mit großer Mehrheit an.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Berathung derjenigen Anträge aus den Reihen der Parteigenossen, welche bei den voranfgehenden Punkten der Tagesordnung nicht ihre Erledigung gefunden haben.

I. Anträge zum Programm.

Der unter Vorlagen an den Parteitag Seite 13 aufgeführte Antrag der Genossen in Hamburg, III. Wahlkreis findet in seinen beiden Theilen nicht die genügende Unterstützung. Dagegen gelangt zur Verhandlung der ebendort aufgeführte Antrag der Genossen des Kreises Naumburg-Zeitz-Weißenfels:

„**II. Theil, Ziffer 6**, den Punkt „Religion ist Privatsache" zu streichen und dafür zu setzen: „Die Religionen und deren Lehrer sind überall dort zu bekämpfen, wo dieselben dem Fortschritt der Wissenschaft entgegentreten, oder die nach Erlösung aus wirthschaftlicher und politischer Knechtschaft ringende Menschheit an der Erreichung dieses Zieles zu hindern suchen."

Hoffmann-Zeitz: Es ist dringend nothwendig, daß wir in diesem Punkt eine Aenderung eintreten lassen. „Religion ist Privatsache" wird sowohl von einem Theil unserer Agitatoren, als besonders von unseren Gegnern so aufgefaßt, als dürfte man über die Religion und ihre Lehrer überhaupt nicht sprechen, dieselben nicht angreifen, ihnen nicht entgegentreten. Nun werden aber diejenigen, welche in der Agitation stehen, am besten fühlen, daß es gerade dort, wo das strenge Dogma noch vorhanden ist, unmöglich, ja undenkbar ist, mit unseren Ideen durchzudringen Solange man glaubt, daß ohne Gottes Wille kein Spatz vom Dache fällt, hat man nicht Ursache, an der wirthschaftlichen Verbesserung seiner Lage mitzuarbeiten. Wenn man sagt, daß Religion Jedes Herzensangelegenheit ist, so kann uns das recht sein, so lange es eben Herzensangelegenheit bleibt. Sobald aber die Lehrer und Vertreter der Religion diese dazu benutzen, um die Leute in Bedrückung und Abhängigkeit zu erhalten, den Fortschritt zu verhindern und der wirthschaftlichen Aufklärung entgegenzutreten, haben wir die strenge Pflicht, dagegen Protest zu erheben. Das muß ganz klar und deutlich in unserem Programm ausgedrückt werden. Ich glaube wohl von allen Agitatoren am meisten auf dem Lande zu thun zu haben, und ich habe wohl gesehen, daß man gegen die Religion ankämpfen kann, wenn man es nicht mit bloßen Redensarten und Schimpfereien thut, sondern mit Gründen. Gerade dieser Punkt unseres Programms wird von unseren Gegnern dazu benutzt, um

B

dem Beschlusse des Parteitages nicht nur fügen, sondern denselben auch möglichst schnell so zur Ausführung bringen mögen, daß im Kreise Solingen der alte Frieden und die alte Eintracht wieder herrsche. (Bravo!)

Auch zu der Resolution bezüglich des Przytulski meldet sich Niemand zum Wort; die Resolution wird einstimmig angenommen.

Der Parteitag hat sich nun noch über die beiden Referate schlüssig zu machen.

Das Wort wird nicht gewünscht; die Referate über die wirthschaftliche Krise und über den Antisemitismus werden von der Tagesordnung abgesetzt, und zwar auf den Wunsch von Fritz in getrennter Abstimmung.

Frohme-Altona beantragt, der Parteitag wolle den beiden Resolutionen zu den Punkten 9 und 10 der Tagesordnung seine Zustimmung geben. Dieselben lauten:

Resolution zu: „Die wirthschaftliche Krise und ihre Folge: der allgemeine Nothstand."

Es liegt in der Natur des Kapitalismus, daß die von ihm erzeugten Krisen und Arbeitsunterbrechungen immer allgemeiner, andauernder und verheerender werden; daß die Auffaugung des Eigenthums, die Enteignung und Verelendung der sogenannten mittleren Gesellschaftsschichten mit stets wachsender Geschwindigkeit vor sich geht; und daß durch Hungerlöhne und Arbeitslosigkeit für immer weitere Kreise ein Nothstand in Permanenz geschaffen wird.

Die nothwendige Folge dieser zerstörenden Wirksamkeit des Kapitalismus ist, daß die Zahl der Eigenthums- und Erwerbslosen sich fortwährend und in zunehmender Schnelle vermehrt.

Obgleich diese Folgen des Kapitalismus unter der Herrschaft des Kapitalismus nicht zu beseitigen sind, und eine gerechte, menschenwürdige Organisation der menschlichen Arbeit und der menschlichen Gesellschaft nur durch den zur Herrschaft gelangten revolutionär-demokratischen Sozialismus zu erreichen ist, so haben doch Staat und Gemeinde auch in der heutigen Gesellschaft unbedingt die Pflicht, den Nothleidenden zu helfen und sie vor Hunger zu schützen. Da das Almosen entwürdigt und die Hilfe am zweckmäßigsten durch die Beschaffung von Arbeit geleistet wird, so fordert der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie die Reichs-, Staats- und Gemeindebehörden auf, der zur einer öffentlichen Kalamität gewordenen Arbeitslosigkeit durch sofortige Inangriffnahme von Arbeiten im allgemeinen Interesse nach Möglichkeit zu steuern.

Angesichts des unaufhaltsam sich vollziehenden, immer weitere Volkskreise ins Verderben reißenden Auflösungsprozesses, der

zwar einerseits dem Sozialismus die Wege ebnet, andererseits aber auch die Gefahr blinder Ausbrüche der Leidenschaft und der Verzweiflung erzeugt, ist es in verdoppeltem Maße die Aufgabe der sozialdemokratischen Partei, mit äußerster Anspannung aller Kräfte dahin zu arbeiten, daß alle Gesellschaftsglieder, die der Kapitalismus zum Elend verurtheilt, und die in ihm ihren Todfeind erblicken müssen, über ihre Interessen aufgeklärt und in die Armee der Sozialdemokratie: des zum wirthschaftlichen Klassen- und politischen Befreiungskampf organisirten Proletariats eingereiht werden.

* * *

Resolution zu: „Der Antisemitismus und die Sozialdemokratie."

Der Antisemitismus entspringt der Mißstimmung gewisser bürgerlicher Schichten, die sich durch die kapitalistische Entwickelung bedrückt finden und zum großen Theil durch diese Entwickelung dem wirthschaftlichen Untergang geweiht sind, aber in Verkennung der eigentlichen Ursache ihrer Lage den Kampf nicht gegen das kapitalistische Wirthschaftssystem, sondern gegen eine in demselben hervortretende Erscheinung richten, die ihnen im Konkurrenzkampf besonders unbequem wird, gegen das jüdische Ausbeuterthum.

Dieser sein Ursprung zwingt den Antisemitismus zu Forderungen, die ebenso mit den wirthschaftlichen wie politischen Entwickelungsgesetzen der bürgerlichen Gesellschaft in Widerspruch stehen, also fortschrittsfeindlich, d. h. reaktionär sind. Daher auch die Unterstützung, die der Antisemitismus vorzugsweise bei Junkern und Pfaffen findet.

Der einseitige Kampf des Antisemitismus gegen das jüdische Ausbeuterthum muß nothwendig erfolglos sein, weil die Ausbeutung der Menschen durch den Menschen keine speziell jüdische, sondern eine der bürgerlichen Gesellschaft eigenthümliche Erwerbsform ist, die erst mit dem Untergang der bürgerlichen Gesellschaft endigt.

Da nun die Sozialdemokratie der entschiedenste Feind des Kapitalismus ist, einerlei ob Juden oder Christen seine Träger sind, und da sie das Ziel hat, die bürgerliche Gesellschaft zu beseitigen, indem sie die Umwandlung derselben in die sozialistische Gesellschaft herbeiführt, wodurch aller Herrschaft des Menschen über den Menschen, wie aller Ausbeutung des Menschen durch den Menschen ein Ende bereitet wird, lehnt die Sozialdemokratie es ab, ihre Kräfte im Kampfe gegen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung durch falsche und darum wirkungslos